ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Rentenreform - Benzinpreise - Postmonopol - Altauto-Richtlinie - Polen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: (2000) : Kurz kommentiert: Rentenreform - Benzinpreise - Postmonopol - Altauto-Richtlinie - Polen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 80, Iss. 6, pp. 325-326

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/44365

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Rentenreform

Noch kein Parteienkonsens

Trotz des von Bundeskanzler Schröder angebotenen Einstiegs in die „steuerliche Förderung der privaten Vorsorge" ist es noch nicht zu einer parteienübergreifenden Einigung über den Rentenreformvorschlag von Arbeitsminister Riester gekommen, obwohl die Parteien nur noch wenig auseinanderliegen. Dabei sind bisher sowohl auf sozial- als auch auf christdemokratischer Seite einige „heilige Kühe" geschlachtet worden: Das Lebensstandardprinzip der gesetzlichen Rentenversicherung soll nicht mehr gelten. Die Fixierung der Eckrente auf irgendeinen Anteil in Höhe von 60 plus x % des letzten Einkommens wird aufgegeben. Wer im Alter mehr haben will, muß privat vorsorgen. Damit könnte eine Entkoppelung von Arbeitsplatz und Rentenversicherung verbunden sein, zumal zugleich eine Deckelung des Rentenbeitragssatzes vorgesehen ist.

Warum aber bedarf es dann noch einer prinzipiellen Beibehaltung der Nettolohnanpassung, die mit einem Korrekturfaktor versehen wird, und eines Ausgleichfaktors, der die Ansparzeit für einen privaten Kapitalstock vorgibt? Wenn der Beitragssatz vorgegeben und festgezurrt wird, ergibt sich die Höhe der Rentenzahlungen von selbst, und wenn den Arbeitnehmern regelmäßig der Stand ihres Rentenkontos zugeschickt wird, kann jeder selbst entscheiden, in welcher Höhe er privat weitere Vorsorge betreiben will. Warum wird zudem die gesetzliche Altersgrenze nicht angehoben?

Gespannt sein darf man auf die Ausformulierung einer nachgelagerten Besteuerung der Alterseinkünfte. Das Grundproblem besteht nicht wie vielfach angenommen in der Ungleichbehandlung von Renten und Pensionen, sondern darin, daß alle Vorsorgeaufwendungen steuerfrei gestellt werden müßten und hier keine Unterschiede z.B. zwischen Renten, Direktversicherungen, Lebensversicherungen und anderen Sparformen gemacht werden dürften. Hier verlangt man aber wahrscheinlich zuviel vom Finanzminister. ogm

Benzinpreise

Streit um die Ökosteuer

Die Weltmarktpreise für Rohöl waren Anfang Juni fast dreimal so hoch wie Anfang 1999. Seit Ende März dieses Jahres, als die OPEC angesichts der gestiegenen Ölpreise eine Lockerung ihrer Förderbegrenzung beschloß, sind sie noch einmal um rund fünf Dollar/Barrel gestiegen. Es gibt daher Grund zu der Erwartung, daß auf der nächsten OPEC-Konferenz Ende Juni eine weitere Erhöhung der Förderung vereinbart wird und daß die Ölpreise im weiteren Verlauf des Jahres etwas nachgeben.

Daß mit den Rohölpreisen auch die Preise der daraus erzeugten Mineralölprodukte steigen und fallen, kann eigentlich nicht überraschen. Seit dem Tiefpunkt im Februar 1999 hat sich Benzin auf dem Weltmarkt um rund 40 Pfennig/Liter verteuert. Um einen ähnlichen Betrag stieg der Preis an deutschen Tankstellen, wobei aber etwa die Hälfte auf höhere Steuern entfällt. Die von einigen Politikern vermuteten Absprachen der Mineralölfirmen zur Preiserhöhung waren somit nicht besonders erfolgreich. Der Hinweis, daß der Staat den größten Teil der Einnahmen an den Zapfsäulen kassiert, ist zwar richtig, diese besondere Belastung war aber bislang von allen großen Parteien gewollt.

Wenn jetzt um einen relativ geringen Teil dieser Steuerlast, die nächste Ökosteuererhöhung, gestritten wird, erscheint der Streit verfrüht, da niemand weiß, wie hoch der Benzinpreis am 1. Januar 2001 sein wird. Eine ernsthafte Steuerdiskussion müßte sich zudem mit Alternativen zu der äußerst ergiebigen Besteuerung von Mineralöl und den damit verbundenen Wirkungen befassen sowie mit der Frage, welche Rolle der Staat in einer Marktwirtschaft bei der Bestimmung der inländischen Treibstoffpreise haben soll. Wenn ihm die Aufgabe übertragen würde, mit Hilfe von Steueranpassungen den „richtigen" Benzinpreis zu erreichen oder aber mit Beihilfen in Zeiten „zu hoher" Preise Härten auszugleichen, könnte er schnell überfordert sein. ma

Postmonopol

Zaghafte Liberalisierungsschritte

Nach zähem Ringen hat die EU-Kommission Ende Mai einen Richtlinienentwurf für die Reformierung der gelben Post vorgelegt, über den die EU-Mitglieder nun befinden müssen. Darin wird eine vollständige Liberalisierung ab dem Jahr 2003 für alle Briefsendungen ins Ausland vorgeschlagen sowie eine Absenkung des Postmonopols bei Standardbriefen von 350 g auf 50 g empfohlen. Dagegen sollen die Universalanbieter ihr Monopol bei der sogenannten „Infopost" (Informations- und Werbebriefe), zunächst für Sendungen bis 50 g behalten.

Der vehemente Druck der europäischen Postlobby hat dazu beigetragen, daß der niederländische Kommissar Bolkestein seine weiterreichenden Liberalisierungsvorstellungen nicht durchsetzen konnte. So sind als Kompromiß nur halbherzige Vorschläge zur

Liberalisierung herausgekommen. Insgesamt soll lediglich ein Fünftel der gesamten Postdienste liberalisiert werden. Die Liberalisierung von Auslandsbriefen bringt kaum Fortschritte, da deren Zustellung bereits in zehn Mitgliedsländern dereguliert worden ist. Und die Informations- und Werbebriefe wiegen selten mehr als 50 g, so daß der weitaus größte Teil dieses Marktsegments im Monopolbereich verbliebe.

Ein häufig vorgebrachtes Argument gegen eine vollständige Liberalisierung ist, daß eine flächendeckende „Grundversorgung" mit Postdiensten gewährleistet bleiben müsse. Dazu paßt aber gerade nicht die faktische Aufrechterhaltung des Monopols für Postwurfsendungen, da hier von einer „Grundversorgung" keine Rede sein kann. Es drängt sich der Eindruck auf, daß lediglich Besitzstandswahrung betrieben werden soll. Zur effizienten flächendeckenden Bereitstellung von Postdiensten bedarf es ohnehin keines Monopols eines Universalanbieters: Laut EU-Kommissar Bolkestein soll in Schweden, das seine Postdienste dereguliert hat, die Versorgung abgelegener Regionen besser als in allen anderen Mitgliedsländern funktionieren. ke

Altauto-Richtlinie

Einigung über Altauto-Entsorgung

Das Europaparlament und die Vertreter der EU-Regierungen haben sich kürzlich endgültig auf einen Kompromiß bei der Altauto-Entsorgung geeinigt. Die Altauto-Verordnung sieht eine Produzentenhaftung vor und besagt, daß spätestens ab dem Jahr 2007 alle schrottreifen Kraftfahrzeuge von den Herstellern zurückgenommen und entsorgt werden müssen. Weiterhin müssen die EU-Staaten von 2001 an kostenlose Rücknahmesysteme einrichten. Jedes Altauto in der EU muß dann bei einer zugelassenen Verwertungsstelle abgegeben werden. Die Verwertungsstellen unterliegen strengen Auflagen, zunächst dürfen maximal 15%, später 5% eines Schrottautos auf die Deponie wandern.

Die Altauto-Richtlinie stand schon vor einem Jahr zur Verabschiedung an. Die deutsche Autoindustrie hatte sich jedoch so stark dagegen gewehrt, daß Bundeskanzler Schröder Bundesumweltminister Trittin angewiesen hatte, die Richtlinie zu stoppen. Zu diesem Zeitpunkt war das Jahr 2003 für die Herstellerrücknahme vorgesehen. Die Vertreter der Autoindustrie begründeten ihre ablehnende Haltung damit, daß sie nicht rückwirkend zur Rücknahme von Autos verpflichtet werden könnten. Aber auch nach der Aufschiebung der Frist auf das Jahr 2007 drohen die Autohersteller mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof.

Grundsätzlich ist es umweltpolitisch sinnvoll, daß die Hersteller die Verantwortung, also auch die Folgekosten für die Entsorgung der Produkte, tragen sollten. Die Hersteller haben mit dieser Maßnahme Anreize, die Autos so zu produzieren, daß sie leicht wiederverwertbar und mit umweltschonenden Materialien gebaut werden. Die Verantwortung für eine umweltschonende Entsorgung und ausreichend Zeit, sich auf die neue Richtlinie einzustellen, hatten sie schon vor dieser Richtlinie, so daß weitere Gegenmaßnahmen der Autoindustrie kaum akzeptabel sind. cw

Polen

Wertvolle Zeit verloren

Die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen und die im nächsten Jahr stattfindenden regulären Parlamentswahlen fordern den Profilierungsehrgeiz der Parteien übermäßig heraus. Nicht ungeschoren bleiben davon auch die bisherigen Regierungsparteien, die noch im Herbst 1997, über alle Differenzen hinweg, eine Mitte-Rechts-Koalition gebildet haben und dann in stürmischer Regierungsarbeit wichtige Reformen – Verwaltung, Schul- und Gesundheitswesen, Rentensystem – sowie den Nato-Beitritt verwirklichen konnten.

In letzter Zeit ließ jedoch die Kompromißbereitschaft der Koalitionspartner deutlich nach. Während die liberale „Freiheitsunion" (UW), angeführt von Balcerowicz, dem Vater der polnischen Marktwirtschaft, mit Blick auf den angestrebten EU-Beitritt aufs Reformtempo drückte, bremste die konservative „Solidarnosc–Wahlaktion" (AWS), Sachwalterin der Gewerkschafts- und Arbeitnehmerinteressen sowie Hüterin der national-katholischen Tradition, den Reformprozeß. Wichtige Entscheidungen wurden von AWS-Abgeordneten im Schulterschluß mit der Opposition im Parlament blockiert. Der jüngste politische Streit um die größte und finanzstärkste kommunale Körperschaft Polens hat den Zerfall der Koalition endgültig besiegelt.

In Sachen Demokratie und politischer Kultur hat Polen neue Erfahrungen gemacht. In Hinblick auf das ehrgeizige Ziel, im Jahre 2003 Mitglied der EU zu werden, hat der einstige Primus inter pares der Transformation wertvolle Zeit verloren. Darüber hinaus kann der Rückzug der reformfreundlichen „Freiheitsunion" aus der Regierung schwerwiegende Folgen für den Beitrittsprozeß zur EU haben. Die AWS-Minderheitsregierung ist den vielen noch zu lösenden Aufgaben (rund 170 Gesetze sind zu verabschieden) nicht gewachsen. Was Polen dringend braucht ist die Konsolidierung aller Reformkräfte und eine europafreundliche Regierung. ap